Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und **Königsplatz 7,**
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut nnl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition zu** senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 309. **Mittwoch** den 5. November 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen **Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 19. dss. Mts.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 61. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung des Bahnhofs Wolkenstein betreffend; vom 22. September 1890.

Nr. 62. Bekanntmachung, die bedingten Prüfungszeugnisse für das höhere Schulamt und den Antritt des Probejahres betreffend; vom 9. October 1890.

Nr. 63. Verordnung, die Vertauschung des Prädicates „Unterförster" mit dem Dienstprädicate „Förster" betreffend; vom 10. October 1890.

Nr. 64. Verordnung, die Abtretung von Grundeigenthum zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Schönberg nach Hirschberg betreffend; vom 13. October 1890.

Nr. 65. Bekanntmachung, die Eröffnung des Betriebes auf der normalspurigen Secundäreisenbahn Kamenz-Elstra betreffend; vom 15. October 1890.

Nr. 66. Bekanntmachung, eine Anleihe der Stadtgemeinde Pulsnitz betreffend; vom 17. October 1890.

Nr. 67. Bekanntmachung, die Gemeindeverfassung der Stadt Aue betreffend; vom 22. October 1890.

Leipzig, am 3. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung,
die Kirchenvorstandswahl in der Matthäigemeinde betr.

Nachdem auf Grund geschehener Anmeldung zur Ergänzungswahl die aufgestellte Liste der stimmberechtigten Mitglieder der Matthäikirchen-Gemeinde geprüft worden ist, wird dieselbe zur **Anbringung** etwaiger **Reclamationen**

Mittwoch, den **5. November** und
Donnerstag, den **6. November** d. Js.
Vormittags von 8 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, in der Expedition der Matthäikirche öffentlich ausgelegt.

Leipzig, 30. October 1890.

Der Kirchenvorstand zu St. Matthäi.
Kaiser, Pfarrer.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 16. bis 31. October 1890 folgende, zum Theil vermuthlich auch von früher verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

Zwei goldene Ringe, zwei verschiedene Armbänder, eine Brille, eine Talmi-Uhrkette, ein Cigarren-Etui, ein schwarzes Handtäschchen mit div. Inhalt, 11 Stück div. Bücher, ein Portemonnaie mit einem Leihhausschein, mehrere Portemonnaies mit 8 ℳ 21 ₰, 3 ℳ 70 ₰ und geringeren Beträgen, ein Geldbetrag von 3 ℳ, 3 verschiedene Herren-Filzhüte, zwei Kinder-Baretts von braunem und bez. blauem Sammet, eine schwarze Frauenjacke, ein Frauenmantel, ein braunes Cheuilletuch mit Franzen, ein schwarzer Handkorb mit einem blaugedruckten Rock und div. Kleinigkeiten, eine Frauen-Lederschürze, ein schwarzer Damen-Tuchschuh, mehrere Schirme, eine Thürschlußfeder, eine eiserne Bankklammer, eine kleine Leiter, eine Peitsche, eine Pferdedecke, ein großer Hundemaulkorb, ziemlich neu, ein Sack mit Sellerie, ein Tragkorb mit Blumentöpfen, 2 braune Holzstühle, ein großes Packet mit braunem Papier, eine große Wagenstemmleiste, eine Anzahl Schlüssel, eine Kiste mit Zündhölzchen und 2 Säcke mit Kohlen.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im 3. Quartale und im October vorigen Jahres Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, deren Eigenthümer nicht zu ermitteln gewesen sind, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 1. November 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mr.

Bekanntmachung.

Im Monat **October** a. c. gingen bei dem unterzeichneten Vereine ein: durch Herrn Friedensrichter Aug. Siebert

ℳ	300,—	Sühne in Sachen	E. B. ./. P. S.
„	2,—	„ „ „	C. T. ./. J. Z.
„	5,—	„ „ „	C. H. S. ./. J. E.
„	5,—	„ „ „	O. W. ./. A. B.
„	2,—	„ „ „	W. K. ./. A. L.
„	20,—	Geschenk von	N. N.
„	—,50	„	J. L.
„	2,—	Sühne in Sachen	F. R. ./. E. L.
„	3,—	„ „ „	R. K. ./. F. W. H.
„	3,—	„ „ „	B. P. ./. H R. M.
„	1,—	Geschenk von	B. P.

ℳ 343,50, worüber hierdurch dankend quittirt wird.

Leipzig, den 3. November 1890.

Der Vorstand des Samariter-Vereins.
Schnoor, Schatzmeister.

Besuch des russischen Thronfolgers in Wien.

Morgen wird der russische Thronfolger in Wien erwartet, und da er sein Incognito für die Dauer des Aufenthaltes in der österreichischen Hauptstadt aufgiebt, officiell empfangen werden, nachdem ihm ein Hofzug bis an die Grenze entgegengefahren ist. Dieser Besuch des russischen Thronfolgers am Wiener Hofe wird mit Recht als Beweis für die Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn angesehen, und nach Lage der Verhältnisse ist anzunehmen, daß der Besuch nicht das Ergebniß einer augenblicklichen Eingebung, sondern längst beschlossene Sache ist. Kaiser Alexander hat während der Anwesenheit Kaiser Wilhelm's in Narwa und Peterhof seine Friedensliebe so deutlich zu erkennen gegeben, daß die persönliche Annäherung an den Kaiser Franz Josef, welche der Besuch des Thronfolgers in Wien darstellt, nur als die natürliche Folge der damals ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers erscheint. Die lächerlichen Ausstreuungen über eine angeblich dem Kaiser Franz Josef durch Kaiser Alexander bei Ausbringung eines Trinkspruchs am Geburtstage Kaiser Franz Josef's angethane Beleidigung gerrinnen angesichts des Besuchs des Thronfolgers in Wien in Nebel, derartige Verstöße gegen die Anforderungen des Anstandes können in den allerhöchsten Kreisen überhaupt nur dann vorkommen, wenn dadurch ein Bruch herbeigeführt werden soll, und daß dieser nicht beabsichtigt ist, zeigt die Thatsache der Wiener Begegnung.

Inzwischen hat die Zusammenkunft der Kaiser Wilhelm und Franz Josef in Rohnstock stattgefunden, und Kaiser Wilhelm ist später einer Einladung des Kaisers Franz Josef zur Jagd gefolgt. Bei dieser Gelegenheit hat Wien seine Sympathien für Deutschland durch einen wahrhaft glänzenden Empfang des deutschen Kaisers Ausdruck gegeben, so daß der Band zwischen den beiden Reichen niemals fester und inniger gewesen ist. Diesen Sachverhalt für ihre Zwecke auszubeuten, waren die Gegner des Dreibundes eifrig an der Arbeit. Es wurde die Nachricht ausgesprengt, daß die diesjährige Reise Kaiser Wilhelm's nach Rußland einen vollen Mißerfolg bedeute, daß man ihn dort mit Parademanövern abgespeist und seine Versuche, ein freundschaftliches Verhältniß Rußlands zu Oesterreich anzubahnen, schroff zurückgewiesen habe. Alles was darüber gesprochen und geschrieben worden ist, entbehrt der Grundlage, denn das Sachverständniß Kaiser Wilhelm's in militairischer Beziehung ist viel zu durchdringend, als daß ihm irgend ein militairisches Gaukelspiel vorgemacht werden konnte, und die Unterredungen, welche die beiden Kaiser unter vier Augen geführt haben, sind schwerlich zur Kenntniß solcher Personen gelangt, welche damit Mißbrauch treiben könnten. Kaiser Wilhelm ist im besten Einvernehmen vom Kaiser Alexander geschieden, und bisher ist nichts bekannt geworden, was als der Beweis des Gegentheils gedeutet werden könnte. Der russische Thronfolger würde es aber sicher vermieden haben, auf seiner Reise Wien zu berühren, wenn die gedachten Gerüchte irgend eine thatsächliche Grundlage hätten.

Man braucht sich deshalb durchaus keinen überschwenglichen Hoffnungen für die Zukunft hinzugeben; Rußlands Politik bleibt dieselbe, die sie gewesen ist, aber es kommt auf den Zeitpunct an, welcher für ihre Ausführung bestimmt ist, und dieser liegt allem Anschein nach fern. Der türkische Patriarchenstreit ist gewiß eine ernste Sache und als solche wird er auch von der russischen Regierung behandelt, wie der bekannte Artikel des „Journal de St. Pétersbourg" zeigt, aber die Haltung der russischen Regierung ist doch im Ganzen ruhig und macht nicht den Eindruck, als ob dieser Streit zum Ausgangspunct ernsterer Dinge genommen werden sollte. Wichtig ist, daß das „Journal de St. Pétersbourg" die Schließung der griechischen Kirchen durch den Patriarchen als einen Uebergriff anerkennt, der hätte unterbleiben sollen. Die russischen Manöver haben erstaunliche Fortschritte des russischen Heeres an den Tag gebracht, es wird aber trotzdem stets erklärt, daß die Russen mit ihren Rüstungen noch nicht fertig sind. Auch die Lage auf der Balkanhalbinsel ist gegenwärtig Rußland nicht besonders günstig. Die kleinen Staaten entwickeln sich trotz aller Hindernisse ruhig und stetig weiter, und selbst da, wo der russische Einfluß noch vor Kurzem vorzuwiegen schien, wie in Serbien, herrscht gegenwärtig gutes Einvernehmen mit Oesterreich. Die Eifersucht Griechenlands auf Bulgarien macht nirgends günstigen Eindruck, und eben so wenig kann Griechenland auf Sympathien für seine Absichten auf Kreta rechnen. Die Türkei weiß ganz genau, wie sie mit Griechenland daran ist, und macht aus ihrem Mißtrauen gegen die griechische Politik kein Hehl. Alle diese Verhältnisse nöthigen Rußland zu einer Zurückhaltung, die ihm wahrscheinlich nicht leicht wird, aber trotzdem beobachtet werden muß.

Uebelwollende könnten in dem Besuch des russischen Thronfolgers in Wien ein probates Mittel erblicken, um das dort vorhandene Mißtrauen gegen die Absichten Rußlands zu beschwichtigen und Oesterreich in eine unbegründete Sicherheit zu wiegen, aber für solche Kunstgriffe ist doch unsere Zeit nicht geeignet. Durch bloße Höflichkeiten werden alte Feindschaften nicht besiegt, dazu bedarf es reeller Dinge; Kalnoky ist ein gewiegter Staatsmann, der sich nicht durch Aeußerlichkeiten zur Aenderung einer als richtig erkannten Politik bestimmen läßt.

Der Dreibund leistet Bürgschaft für die Aufrechthaltung des europäischen Friedens, und jedes Ereigniß, welches diesem Zwecke dient, ist ihm willkommen. Demgemäß wird der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien sowohl in Berlin als auch in Rom den besten Eindruck machen, um so mehr, als Italien sich gegenwärtig in einer Krisis befindet, die noch nicht überwunden ist, wenn auch alle Aussicht vorhanden ist, daß dies geschehen wird. Die Zusammenkunft Caprivi's mit Crispi, welche ebenfalls in diesen Tagen stattfindet, ist ein äußeres Kennzeichen für das ungestörte gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien und wird seine Wirkung auf den friedliebenden Theil der Italiener nicht verfehlen. Für die bevorstehenden Wahlen hat die Regierung den festen Zusammenschluß aller ihrer Anhänger nöthig, und dieser wird durch Alles gefördert, was die Befestigung des bestehenden Zustandes bezweckt.

Die Politik Deutschlands gegen Rußland ist, wie Kaiser Wilhelm schon am 26. Juni 1888 bei Eröffnung des Reichstages erklärte, darauf gerichtet, mit dieser Macht unabhängig vom Dreibunde freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und dadurch ebenfalls der Sache des Friedens zu dienen. Diese guten Beziehungen sind bisher mit Erfolg aufrecht erhalten worden, und sie haben sicherlich dazu beigetragen, dem allzu heftigen Drängen der russischen Kriegspartei Zügel anzulegen. Die ruhige Haltung Rußlands hat sehr viel dazu beigetragen, auch auf der Balkanhalbinsel die Leidenschaften im Zaum zu halten, und dadurch ist wiederum eine gemäßigte Auffassung der Sachlage seitens Oesterreich-Ungarns ermöglicht worden. Wenn man nicht so weit geht, es für möglich zu halten, daß Rußland eines Tages ohne große Umstände und Vorbereitungen Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt, um die orientalische Frage zur Entscheidung zu bringen, dann ist man genöthigt, auch solche Friedenszeichen, wie der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien, freudig zu begrüßen und darauf weiter zu bauen, um den europäischen Frieden zu verlängern. Daß der Friede nur auf Zeit verbürgt werden kann und nicht für die Dauer, macht darin keinen Unterschied, denn durch die friedliche Stimmung der Mehrheit wird manche Meinungsverschiedenheit friedlich geschlichtet, die unter anderen Umständen mit Sicherheit zum Kriege führen würde.

Leipzig, 5. November.

* An den Bundesrath ist der Entwurf, betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reiche, nebst Begründung gelangt. Der Entwurf enthält, der „A. N. L." zufolge, sechs Paragraphen. §. 1 lautet: Die Insel nebst Zubehörungen tritt dem Bundesgebiete hinzu. Das Reich ertheilt seine Zustimmung dazu, daß die Insel dem preußischen Staate einverleibt wird. §. 5: Durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths wird festgesetzt, inwieweit die Vorschriften in den §§. 2, 3, 4, 7, 8 des Gesetzes, betreffend die Reichskriegshäfen vom 19. Juni 1883, für die Insel und ihre Gewässer zur Anwendung gelangen.

In der Begründung wird u. A. ausgeführt, daß es keinem Bedenken unterliege, die Vereinigung Helgolands mit dem Reiche ohne gleichzeitige Inkraftsetzung der Reichsverfassung herbeizuführen; zur Einverleibung in den preußischen Staat bedürfe es eines preußischen Landesgesetzes. An Zöllen werden nur solche auf Wein, Bier, Spiritus und Petroleum erhoben. Es empfehle sich, die Insel zunächst außerhalb der gemeinschaftlichen deutschen Zollgrenze zu belassen. In der Begründung zu §. 5 heißt es u. A.: Die Insel bildet gleichsam einen vorgeschobenen Posten und wird für den Kriegsbeobachtungs- und Kriegssignaldienst von besonderer Wichtigkeit sein, auch bietet sie den zum Vorpostendienst ausgestandten Fahrzeugen einen Schutz- und Stützpunct. Ein Uebergang in Feindeshand könnte die Actionsfreiheit der deutschen Flotte um deswillen wesentlich beeinträchtigen, weil die Insel dann dem Feinde sowohl für die Blockade als auch für den Angriff auf die deutsche Nordseeküste viele strategische Vortheile bieten würde. Es werden daher militairische Maßnahmen zum Schutz der Insel gegen feindlichen Handstreich zu treffen sein. Welche Ausdehnung diesen Maßnahmen zu geben ist, läßt sich im Einzelnen noch nicht übersehen. Als Anlagen werden im Anschluß an das deutsch-englische Abkommen bereits bekannt gemachte Actenstücke beigegeben. Eine weitere Anlage enthält eine Uebersicht über die Verwaltungseinrichtungen und Rechtsverhältnisse Helgolands nach den Berichten des kaiserlichen Commissars für Helgoland. Der Ein- und Ausfuhrwerthe der Insel ist auf 700 000 bis 800 000 ℳ im Jahre zu veranschlagen. Dieser Verkehr findet fast nur mit Deutschland statt; England ist an demselben nur mit 1 Proc. betheiligt. Das Seebad der Insel wird durchschnittlich von etwa 11 000 Besuchern im Jahre benutzt. Das Budget für 1890 weist eine Einnahme von 170 800 ℳ, eine Ausgabe von 170 076 ℳ auf. Die bedeutendsten Posten sind bei der Einnahme: Eingangszölle 46 000 ℳ, Gemeindesteuer 10 500 ℳ, Post 25 000 ℳ, Cuxhaven 17 000 ℳ, Bäder 15 000 ℳ, Fähre 25 500 ℳ, bei der Ausgabe: Besoldungen 31 514 ℳ, öffentliche Arbeiten 38 810 ℳ, Badeanstalt 42 900 ℳ. Die Zölle ergaben im Jahre 1888: 46 935,79 ℳ, im Jahre 1889: 54 261,26 ℳ. Die Gesammt-Bruttoeinnahmen beliefen sich im Jahre 1888 auf 162 651,75 ℳ, 1889 auf 191 542,45 ℳ. Die Einkommensteuer betreffend sei erwähnt, daß der Höchstbesteuerte etwa 350 ℳ im Jahre zahlt. Die Hundesteuer beträgt 7,20 ℳ. Ferner sei bemerkt, daß auf Helgoland ein Grundbuch nicht geführt wird, daß die Einwohnerschaft ausnahmslos katholisch ist, daß unter den 2000 Einwohnern sich etwa 10 wirklich Arme befinden (es sind ihr Etat für wohlthätige Zwecke 880 ℳ angesetzt), und daß bei einer Fremdentaxation an Gebühren 200 ℳ zu zahlen sind. Besonderes Interesse verdienen auch die Ausführungen über die privatrechtlichen Verhältnisse. Auf der Insel ist noch das sogenannte „lütsche Low", welches im Jahre 1240 veröffentlicht und 1593 ins Plattdeutsche übersetzt wurde, in Kraft. Von eigenthümlichen Institutionen sei noch die Fädöring (Hausführung) erwähnt, welche bestimmt, unter welchen Bedingungen man in den Haushalt eines Anderen übertreten kann.

* Dem Bundesrath ist der Marineetat zugegangen.

* Das Nichterscheinen des Fürsten Bismarck gelegentlich der Moltke-Feier in Berlin hat auch Anlaß zu Vergleichen zwischen den beiden großen Männern gegeben. Zur Sache geben wir einem Berliner Correspondenten der „Neuen Züricher Zeitung" das Wort, welcher über diesen Gegenstand schreibt:

„Es wird jetzt auch bei den zahlreichen Vergleichen zwischen Bismarck und Moltke wiederholt mit entsprechenden Seitenhieben auf Bismarck hervorgehoben, daß Moltke keinen Feind habe und daß er von allen Parteien gleichmäßig verehrt werde, während Bismarck unzählige bittere Gegner hinterließ. Moltke sei stets von freundlichem Gleichmuth, während Bismarck durch Gereiztheit und Mißtrauen überall sich Feindschaft säete. Du lieber Himmel, das Leben Moltke's erscheint wie ein Idyll gegen die Stürme und Aufregungen der Arbeit Bismarck's. Er hatte niemals diplomatische und parlamentarische Kämpfe, niemals die nervenzerstörende Reiberei und Rauferei des kleinlichen Tagesstreites zu führen. Er war Soldat, was unter ihm stand, hatte bescheiden zu gehorchen, über ihm stand nur sein alter Kaiser, mit dem er sich rasch und freundschaftlich verständigen konnte. Vor den Feldzügen mag es dabei manchmal einige Schwierigkeit gegeben haben, dann aber schlug er die großen Schlachten und seine Autorität stand nun felsenfest. Während nach den Kriegen für Bismarck erst die rechte Arbeit des inneren Ausbaues des Reiches und gleichzeitig der auswärtigen Politik losging, konnte Moltke gleich einem stillen Gelehrten sich ruhig den militairischen Arbeiten widmen. Er brauchte einzig und allein dieser Aufgabe zu leben. Was das Heer an wachsenden Ausgaben verlangte, mußten der Reichskanzler und der Kriegsminister von der Volksvertretung erbitten oder erkämpfen. Bismarck hatte dreißig Jahre lang als Minister täglich hundert öffentliche Gelegenheiten, sich Feinde zu machen. Moltke nicht eine. Er brauchte keine parlamentarische Partei zu hofiren, mit keiner zu fechten, er konnte ohne Mühe jedem politischen Streit aus dem Wege gehen. Welch' ungeheure Ersparniß an Nerven und Kraft war das im Gegensatz zu der Bismarck'schen Thätigkeit. Der Eine hatte öffentlich wie ein Dampfhammer, der Andere still, wie ein fein geheimnißvolles Uhrwerk zu arbeiten. Nichts ist darum ungerechter und thörichter, als diese beiden Männer in Vergleich stellen und den einen auf Kosten des anderen loben zu wollen. Man sollte sich in Deutschland freuen, daß zu rechter Zeit die Nation zwei solcher Gestalten aus gewaltigem Guß hatte."

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben über das Nichterscheinen Bismarck's in Berlin:

In einem Wiener Blatte findet sich eine auch in die deutsche Presse übergegangene Correspondenz aus Berlin, worin gesagt wird, Fürst Bismarck sei allerdings zur Moltke-Feier nicht eingeladen, aber als General-Oberst der Cavallerie direct durch ein Schreiben des kaiserlichen Militair-Cabinets nach Berlin befohlen worden, was er jedoch einfach ignorirt zu haben scheine. Diese Meldung beruht ersichtlich auf sehr „civilistischen" Ansichten. Wenn der General-Oberst der Cavallerie durch ein Schreiben des Militair-Cabinets nach Berlin berufen wird, so ist nach preußisch-militairischen Begriffen ein einfaches Ignoriren eines solchen Befehles ganz unmöglich. Ebensowenig wie ein Ausbleiben trotz erhaltenen Befehles ist aber für einen höheren Officier eine spontane Betheiligung an einer amtlichen, vom Kaiser befohlenen Feier. Wenn Fürst Bismarck sich ohne Rücksicht auf seine militairische Charge zum Geburtstage des Grafen Moltke nach Berlin begeben hätte, so würde er dem Feldmarschall immerhin nur privatim und unabhängig von den amtlichen Vorgängen seine Glückwünsche haben überbringen können. Ganz abgesehen von allen militairischen Auffassungen, einfach vom Standpuncte des politischen Taktgefühles enthalten wir uns, der Frage näher zu treten, welche Beurtheilung eine derartige private Demonstration bei den Kritikern des Fürsten Bismarck in Wien und Berlin gefunden haben würde.

* Zu den gekrönten Häuptern, die dem General-Feldmarschall Grafen v. Moltke zum 90. Geburtstage beglückwünscht haben, gehört auch König Umberto von Italien, der dem greisen Feldherrn in einem sehr ehrenden Telegramm seine „félicitations affectueuses" übermittelte. Auch der Minister Crispi entbot seine Glückwünsche. Graf v. Moltke sendete an Beide noch am selben Tage seinen Dank.

* Die Stellung des Ministers Lucius gilt in unterrichteten Kreisen für erschüttert, es sei denn, daß der Minister seinen bisherigen Standpunct bezüglich der landwirthschaftlichen Zölle und des Vieheinfuhrverbotes erheblich modificire.

* Der Unterstaatssecretair im Reichsamte des Innern, Dr. Bosse, ist, wie bereits gemeldet, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicat Excellenz ernannt worden. Die Dienste, welche Se. Excellenz Bosse dem Reiche geleistet, liegen wesentlich auf dem Gebiete der socialpolitischen Versicherungsgesetzgebung, zu deren eifrigsten Förderern derselbe gehörte. Bereits als Regierungsrath in Hannover, unter den Oberpräsidenten Graf zu Stolberg-Wernigerode und Graf Eulenburg, trat Herr Bosse hervor und betheiligte sich dort u. A. auch an der Gründung des Preußischen Beamtenvereins, zu dessen Entwicklung er durch Herausgabe der „Monatsschrift für Deutsche Beamte" wesentlich beitrug. 1876 als Geheimer Rath ins Reichsamt des Innern berufen, wurde Bosse 1882 zum Director dieses Amtes ernannt, dessen zweiter wirthschaftlichen Abtheilung er vorsteht, seit dem Tode des Unterstaatssecretairs Eck (1882) als Unterstaatssecretair. Nächst dem Herrn Staatsminister v. Boetticher war Herrn Dr. Bosse in erster Linie zu verdanken, daß die kaiserliche Botschaft von 1881 eine so rasche und vielseitige Verwirklichung gefunden hat. Seine Verdienste sind um so höher anzuerkennen, als das Gebiet, das er für die Gesetzgebung zu bearbeiten hatte, völlig neu war und alle Beispiele und Erfahrungen fehlten. Auch herrscht nur eine Stimme darüber, daß die Grundzüge dieser Gesetzgebung das Richtige getroffen haben und die Bedingungen einer gesunden Entwicklung in sich tragen. Viel beachtet wurde z. B. auch ein Vortrag des Herrn Dr. Bosse im Juli 1887 über die Vorbildung des höheren Beamtenthums, gehalten in der staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Berlin.

* Die preußische Einführungs-Verordnung zu der dritten Ausgabe des deutschen Arzneibuchs ist nach der „Apotheker-Zeitung" demnächst zu erwarten. Auch ein revidirtes Verzeichniß derjenigen Arzneimittel, welche in jeder Apotheke vorräthig gehalten werden müssen, die sogenannte series medicaminum, wird in Kürze ausgegeben werden. Die Liste enthält 170 bis 180 Mittel. Endlich hat die neue Ausgabe des Arzneibuches und der Umstand, daß dasselbe in deutscher Sprache erschienen ist, eine Umarbeitung des Verzeichnisses derjenigen Ausgaben nothwendig gemacht, welche bei den Apothekergehilfen-Prüfungen in Anwendung stehen.

* Auf der Bezirkssynode in Hameln war der Antrag gestellt worden, den Rittergutsbesitzer von Klencke, einen hochorthodoxen Welfen, von der Mitgliedschaft auszuschließen, weil er bei den letzten Reichstagswahlen in der Stichwahl zwischen einem nationalliberalen und einem socialdemokratischen Candidaten für den letzteren gestimmt habe, wegen der Beweis eines unkirchlichen Handelns zu erblicken sei. Herr von Klencke erklärte, daß er selbst bei der Reichstagswahl sich der Abstimmung enthalten, daß er aber einzelnen Persönlichkeiten gegenüber sich dahin geäußert habe, er könne ihnen keinenfalls rathen, für den nationalliberalen Candidaten zu stimmen. So bekämpfen die guten Freunde des Herrn Windthorst praktisch die Socialdemokratie. Der Ausschließungsantrag wurde übrigens von der Synode abgelehnt.

* * *

* Der Club der ungarischen liberalen Partei nahm das Budget im Allgemeinen ohne Debatte an und sprach der Regierung sein Vertrauen aus.

* Ueber das Schicksal des russischen Oberstlieutenants Schmidt, der dem ehemaligen englischen Marinebevollmächtigten Oberstlieutenant Herbert wichtige geheime Papiere verkauft hatte, war man lange Zeit im Unklaren. Bald hieß es, er säße in Petersburg oder in Schlüsselburg, Andere wollten wissen, er sei nach Sibirien verbannt, wieder Andere, er sei freigelassen. Wie jetzt aus ganz zuverlässiger Quelle verlautet, ist Oberstlieutenant Schmidt bereits seit einigen Wochen vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt und gehängt worden.

* Die bulgarische Synode begann am Montag ihre Berathungen. — Die Nachricht russischer Blätter, die Synode beabsichtige, die Kirchenbücher zu übersetzen, wird als unrichtig bezeichnet.

* Wie es heißt, dürfte das neue griechische Cabinet wie folgt zusammengesetzt sein: Delyannis Inneres und Krieg, Deligeorgis Auswärtiges, Kumunduros Marine, Karapanos Finanzen, Valsamakis Unterricht; für das Justizportefeuille werden Gerecostopulo oder Zaimis genannt.

* Eine Proclamation des luxemburgischen Schöffenrathes theilt die bevorstehende Ankunft des Regenten mit und ladet die Bürger ein, ihn, wie im vorigen Jahre, mit Ehrfurcht und Erkenntlichkeit für seine Hingebung an die Interessen des Landes zu empfangen, die er durch seine abermalige Hierherkunft zur Erfüllung seiner constitutionellen Aufgabe bethätige. Da der Herzog wegen des Zustandes des Königs einen officiellen Empfang ablehnte, werden die Bürger aufgefordert, die Häuser zu beflaggen. (Wiederholt.)

* Ministerpräsident Crispi trifft bereits am Donnerstag in Mailand ein, begiebt sich zunächst nach Monza zum Vortrag beim König und wird am Freitag den deutschen Reichskanzler v. Caprivi bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe persönlich empfangen. — Auf dem für den 18. November angesetzten Bankett in Turin wird der Ministerpräsident die wirthschaftliche und finanzielle Lage Italiens behandeln und diejenigen Ersparnisse aufzählen, welche zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget durchgeführt werden sollen, wobei die Einführung neuer Steuern nicht geplant ist.

Colonialpolitisches.

Die Lage in Ost-Afrika.

* Ueber die Lage in Ost-Afrika liegen folgende Nachrichten vor.

Die Station Tanga, die bis auf einige kleinere Arbeiten vollständig fertiggestellt ist, beschäftigt sich mit der Planirung und der Befestigung des umliegenden Terrains. Die außerhalb der Station